

DGB-Schwerpunkte 2012

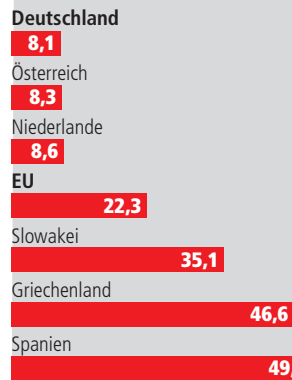
Gute Arbeit – sicher und gerecht

2012 wird im Zentrum der Arbeit des DGB der Kampf um Solidarität und soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa stehen. Damit wollen die Gewerkschaften der sozialen Schieflage entgegenwirken, die derzeit die Krisenpolitik der EU-Staats- und Regierungschefs bestimmt. „Die Bewältigung der Krise darf nicht einseitig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der Schwächeren der Gesellschaft gelöst werden“, hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 11. Januar in Berlin noch einmal klar gestellt. „Wir brauchen Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig.“

Mindestlohn, gleicher Lohn für Leiharbeitskräfte oder Rente mit 67 – die Themen des DGB im neuen Jahr sind kaum andere als 2011. Und doch gibt es qualitative Unterschiede. Den Gewerkschaften ist es gelungen, Öffentlichkeit und Politik für ihre Forderungen weiter zu sensibilisieren. Das zeigen nicht nur die Parteitagsbeschlüsse der CDU vom Dezember zum Thema Mindestlohn. Michael Sommer

Spanien Schlusslicht

Arbeitslosenquote von unter 25-Jährigen in ausgewählten EU-Ländern, Stand November 2011 (in Prozent)



Vor allem junge Menschen leiden unter den Folgen der Krise. So ist jeder Zweite unter 25 in Spanien oder Griechenland arbeitslos. Um bessere Perspektiven zu bieten, fordert der DGB europaweit konjunkturfördernde Investitionen im dreistelligen Millionenbereich.

ist deshalb überzeugt: Spätestens nach der nächsten Bundestagswahl „steht der Mindestlohn im Gesetzblatt“. Gleichzeitig weichen Arbeitgeber auf andere Formen der ungesicherten Arbeit aus, um

Arbeitnehmerrechte zu unterlaufen. Auf der Agenda der DGB-Gewerkschaften für 2012 nimmt deshalb auch die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen oder Solo-Selbstständigkeit eine wichtige Rolle ein.

Angesichts von Euro-Krise und einem europaweiten neoliberalen Roll-Back richtet sich der Blick des DGB aber auch vor allem auf Europa: „2012 muss das Jahr des sozialen und demokratischen Europas werden“, betont der DGB-Vorsitzende. In Folge der Euro-Krise würden Spardiktate durchgedrückt und soziale Errungenschaften über Bord geworfen. Besonders besorgniserregend sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Europa brauche konjunkturstützende Maßnahmen und „Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich“. So sieht es das „Zukunftsprogramm Europa“ des DGB vor (www.dgb.de). Neben einem Konjunkturprogramm fordert der DGB eine umfassende Modernisierungsoffensive, einen Marshall-Plan für krisengeplagte EU-Länder und eine aktive Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik.

Bei ihrer alljährlichen Klausur diskutieren am 18./19. Januar die Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften über ihre weitere Europastrategie. Gleichzeitig wollen sie schon im Hinblick auf die Bundestagswahl ihre künftigen inhaltlichen Schwerpunkte beraten. Sommer stellt klar, dass die Gewerkschaften ihre – erfolgreiche – Strategie fortsetzen werden, im Interesse der ArbeitnehmerInnen Themen zu setzen, ohne ausdrücklich Partei für eine Regierungskonstellation zu ergreifen. ●

GUTE ARBEIT FÜR EUROPA DGB



1. MAI TAG DER ARBEIT

Gute Arbeit in Deutschland und Europa, gerechte Löhne und soziale Sicherheit: Die Hauptforderungen des DGB spiegeln sich auch im 1. Mai-Motto 2012 wider. Die zentrale Maikundgebung, auf der der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht, findet in diesem Jahr in Stuttgart statt.

plusminusBERLIN

+ Der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** fordert für Leiharbeitskräfte neben gleicher Entlohnung auch einen Lohn-Zuschlag. Ausdrücklich lobt er den französischen Ansatz: Dort erhalten Leiharbeitskräfte zehn Prozent mehr Lohn als ihre festangestellten KollegInnen.

- **Heinrich Kolb (FDP)** hält nichts vom Vorschlag, die Rente mit 67 auszusetzen, bis mindestens 50 Prozent der über 60-Jährigen sozialversichert arbeiten. Er meint: Eine große Zahl von älteren Menschen seien beispielsweise als „Beamte, Selbstständige oder Soldaten noch erwerbstätig“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de
Homepage zur Internationalen Woche gegen Rassismus vom 12.-25. März

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Rede des DGB-Vorsitzenden zu den gewerkschaftlichen Schwerpunkten 2012

Ausbildungsvergütungen

Ein Plus von über drei Prozent

Mehr Geld und ein größeres Angebot: 2011 hat sich am Ausbildungsmarkt einiges getan. So sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2011 um 3,2 Prozent (Westdeutschland 2,9; Ostdeutschland 4,9 Prozent) gestiegen. Damit liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung bei 700 Euro im Monat.

Die Ausbildungsvergütungen Ost erreichen jetzt 91 Prozent des westdeutschen Niveaus. Einheitliche Vergütungen erhalten etwa die Azubis im Finanzsektor mit 853 Euro.

In anderen Branchen ist das Ost-West-Gefälle noch hoch. So verdienen Azubis im Bauhauptgewerbe im Westen durchschnittlich 943 Euro, im Osten 750 Euro. Gravierend sind die Unterschiede auch im Friseurhandwerk: West 456 Euro, Ost 269 Euro. Und während im Westen drei

Prozent der Azubis eine Vergütung von weniger als 500 Euro im Monat erhalten, gilt das für 27 Prozent im Osten. Das geht aus der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Anfang Januar veröffentlichten Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen hervor. Benachteiligt werden auch Frauen: Die Ausbildungsverträge mit jungen Männern verzeichneten 2011 ein Plus von vier Prozent, während die Zahl der Verträge mit jungen Frauen um 1,2 Prozent zurückging. •

in eigener Sache

Neu im Team und doch keine Unbekannte: Seit dem 1. Januar verstärkt **Lena Clausen**, 28, als Volontärin die *einblick*-Redaktion. Die Diplom-Politologin war 2005 bereits Praktikantin beim *einblick*, hat seitdem immer wieder als freie Mitarbeiterin für den Verlag gearbeitet und promoviert zurzeit im Bereich Friedens- und Konfliktforschung an der Freien Universität Berlin.

Rente mit 67

Aussetzen!

Seit Jahresbeginn steigt das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik. Angesichts der unzureichenden Beschäftigung Älterer sei die Rente mit 67 „nichts anderes als eine Renten Kürzung“, bekräftigt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Sie müsse ausgesetzt werden, „bis die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer relevant gestiegen ist“. So sind zurzeit nur zehn Prozent der 63- und

64-Jährigen sozialversicherungspflichtig in Vollzeit beschäftigt, 60 Prozent der über 60-Jährigen dagegen ohne Job.

Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat die Rente mit 67 infrage gestellt. Michael Sommer erwartet, dass Seehofer den Worten Taten folgen lässt: „Wenn er sich mit der gleichen Energie wie für das reaktionäre Betreuungsgeld in der Rentenfrage einsetzen würde, wäre diesem Land wirklich geholfen.“ Nach einer Forsa-Umfrage wollen 64 Prozent der Deutschen die Anhebung des Renteneintrittsalters aussetzen. •

IMK-Prognose 2012

Sparkurs belastet Konjunktur

Die Euro-Krise und ihre Folgen werden in diesem Jahr auch die deutsche Wirtschaft stagnieren lassen. Zu diesem Ergebnis kommen die WissenschaftlerInnen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in ihrer Prognose für 2012. So wird das Bruttoinlandsprodukt – nach einem Wachstum von drei Prozent 2011 – im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 0,1 Prozent schrumpfen.

„Wir werden 2012 erleben, welche Folgen ein harter Sparkurs bei unseren wichtigsten Handelspartnern im Euroraum hat“, erklärt Gustav A. Horn, wissenschaftlicher Direktor des IMK. Dieser Kurs sei vor allem von der Bundesregierung forciert worden. Trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung sei die strenge Sparpolitik keine Strategie zur Krisenbewältigung, sie verschärfe die Vertrauenskrise. Zudem wirke sich der Sparkurs von Deutschlands wichtigen Handelspartnern negativ auf die deutschen Exporte und Investitionen hierzulande aus. •

www.boeckler.de

? ... nachgefragt

Foto: DGB



Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Sie wollen daran erinnern, dass Genossenschaften es möglich machen, zugleich nachhaltig zu wirtschaften und sozial verantwortlich zu handeln. Höhepunkt des Jahres wird

der Internationale Tag der Genossenschaften am 7. Juli sein. Wie der DGB zur Genossenschaftsidee steht, fragte einblick DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki.

Ihren Ursprung hat die Genossenschaftsbewegung in Schottland, wo 1844 Arbeiter der Baumwollspinnereien die erste Arbeiter-Genossenschaft gründeten. Wenig später entstanden in Deutschland Genossenschaften für die Not leidende ländliche Bevölkerung. In den 1920er Jahren kamen Wohnungsbaugenossenschaften auf – nach dem Ersten Welt-

krieg ging es um bezahlbaren Wohnraum für ArbeiterInnen. Derzeit erleben Genossenschaften eine Renaissance. Die Finanzkrise hat den Wunsch nach transparenteren Strukturen geweckt. Seit 2009 wurden über 600 Genossenschaften neu gegründet.

Genossenschaften sind geprägt von den Leitgedanken Mitgliederförderung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Sie agieren wirtschaftlich, ohne maximalem Gewinn hinterherzujagen. Ein wirtschaftsdemokratisches Gegenmodell zum Shareholder-Kapitalismus? Motto: Wer sein eigener Kunde ist, stellt die Produkte sorgfältig her und besteht auf guten Arbeitsbedingungen.

Seit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 werden ökonomische soziale und kulturelle Zwecke verfolgt. Kritisch wird es, wenn Genossenschaften kommunale Aufgaben übernehmen oder die Nahversorgung

in ländlichen Regionen organisieren sollen. Selbsthilfe und Ehrenamt dürfen nicht missbraucht werden, damit sich der Staat – aus selbst verschuldeter finanzieller Not – zurückziehen kann. Gewerkschaften haben eine eigene genossenschaftliche Tradition, die es mit all ihren Widersprüchen zu reflektieren gilt. Das Jahr der Genossenschaften 2012 könnte ein guter Anlass sein.

Genossenschaften sind ein enormer Wirtschaftsfaktor und große Arbeitgeber. Es gibt deutschlandweit rund 7500 Genossenschaften mit 20 Millionen Mitgliedern und mehr als 800 000 Beschäftigten. Die größte Gruppe bilden die über 2600 landwirtschaftlichen Genossenschaften, gefolgt von rund 2000 Wohnungsgenossenschaften, etwa 1600 gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, über 1100 Volks- und Raiffeisenbanken sowie mehr als 200 Konsumgenossenschaften.

GEWERKSCHAFTEN

Energiewende

Alternativen entwickeln

Aus Sicht der Gewerkschaften gilt es, die Energiewende so zu gestalten, dass Umwelt und Interessen der Beschäftigten gleichermaßen berücksichtigt werden. Beispiel ver.di:
Als E.ON mit einem massiven Arbeitsplatzabbau in Folge der Energiewende drohte, konterte ver.di mit einem Alternativkonzept.

„Die Energiewende bringt einen massiven Umbau der Energiekonzerne mit sich, vor allem auch durch die Umstellung auf stärker dezentrale Formen der Energieerzeugung“, weiß Erhard Ott, im ver.di-Bundesvorstand als Leiter des Fachbereichs Ver- und Entsorgung auch

sie in Folge dessen Tausende von Arbeitsplätzen abbauen müssten. Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung hat ver.di für E.ON ein Alternativkonzept entwickelt und dem Konzern vorgerechnet, wie er den Umbau ohne Arbeitsplatzabbau bewerkstelligen kann.

Voraussetzung dafür ist aus Sicht von ver.di, das im Konzern vorhandene Fach- und Erfahrungswissen weiter zu nutzen. „Das Know-how der Beschäftigten ist für unser Alternativszenario wesentliche Geschäftsgrundlage“, betont Ott. „Genau dieses Know-how droht jedoch durch das Kostensenkungsprogramm E.ON 2.0 verloren zu gehen. Dem haben wir ein wirtschaftliches Programm entgegengesetzt, das Gewinnperspektiven für den Konzern bedeutet und Arbeitsplätze der Beschäftigten sichern kann.“ Strategie von ver.di ist es, mit tarifvertraglichen Regelungen in der Energiewende Beschäftigung und Standorte zu sichern. So sind die Arbeitsplätze der bisher in den Atomkraftwerken Beschäftigten für die nächsten zwei Jahrzehnte gesichert, wenn neben dem Nachbetrieb der AKW auch deren Rückbau berücksichtigt wird.

Die Energiewende stellt ver.di wie die anderen Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. In der Dienstleistungsgewerkschaft ist ein großer Teil der Beschäftigten organisiert, die im Bereich Energieerzeugung und -wirtschaft arbeiten. In den Energieunternehmen, die eng mit dem Bergbau verknüpft sind, vertritt auch die IG BCE die Interessen der Beschäftigten. Arbeits- und Tarifbedingungen der Beschäftigten in der Energiewirtschaft gehören zu den besten in Deutschland. Das gilt es, zu verteidigen. Auch in Bezug

auf die Erneuerbaren Energien, die landläufig spätestens seit der Energiewende als Jobmotor Nummer 1 gelten, aber gleichzeitig auch den Beschäftigten selten gute Arbeitsbedingungen und wenig tarifvertragliche Absicherung bieten. „Ein Problem ist, dass bisher vor allem von privaten Unternehmen in Erneuerbare Energien investiert wurde“, stellt Ott fest. Sowohl die Energiekonzerne wie auch die Stadtwerke hätten sich bislang zurückgehalten. Erst jetzt ändert sich das – und ver.di erwartet, dass die neuen Arbeitsplätze, die dort im begrenzten Umfang entstehen, unter bestehende Tarifverträge fallen.

Um überall im Bereich Angebot und Erzeugung alternativer Energien für mehr Mitbestimmung und tarifvertragliche Absicherung zu sorgen, startet ver.di in Kürze eine breit angelegte Organisationskampagne. Auch um zu verhindern, dass Ökostrom zur mitbestimmungsfreien Zone wird. So konnte ver.di erst im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren bei einigen alternativen Stromanbietern Betriebsratswahlen durchsetzen. ●

Neue Energie und alte Netze

Die Energiewende erfordert einen erheblichen Um- und Ausbau der Netzinfrastruktur. Wie groß ist der Ausbaubedarf wirklich? Und wie lässt sich der Um- und Ausbau sozial- und umweltvertraglich umsetzen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer Fachkonferenz, zu der DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 1. Februar nach Berlin einladen.

Mehr Infos: www.einblick.dgb.de

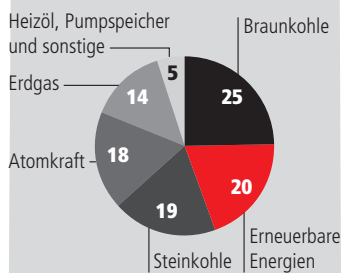
Masterplan zur Energiewende

Die Gewerkschaften kritisieren die mangelhafte Umsetzung der Energiewende durch die schwarz-gelbe Regierungskoalition. „Beschlüsse allein reichen nicht, es kommt auf die Umsetzung an“, stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Die zuständigen Ministerien müssten an einem Strang ziehen und „endlich mal einen Zahn zulegen“. „Ich erwarte einen echten Masterplan zur Energiewende, der vom Bundeskanzleramt koordiniert und exekutiert wird“, fordert Sommer.

Die Bundesregierung müsse alle Akteure zu „einer verbindlichen konzertierten Energie-Aktion an einen Tisch holen“, sagt Dietmar Hexel, im DGB-Bundesvorstand für Energiepolitik zuständig. Sonst würden die Unternehmen keinen Euro und keinen Cent in die Energiewende stecken. „Wir brauchen jetzt reale Investitionen in Erneuerbare Energien, in Überlandnetze entlang der Autobahn, in moderne Kraftwerke sowie mehr Forschungsmittel für Speichertechnologien. Und vor allem benötigen wir verbindliche Energieeffizienzgesetze. Dass sich Bund und Länder bei der energetischen Gebäudesanierung gegenseitig blockieren, ist ein Skandal“, so Hexel.

Erneuerbare erstmals vor Atomkraft

Anteile der Energieträger an der Brutto-Stromerzeugung 2011 (in Prozent)



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Stand Dezember 2011

Energie-Mix im Wandel: Erstmals lag Ende 2011 der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Brutto-Stromerzeugung vor dem der Atomenergie. Wichtigster Energieträger für die Stromerzeugung bleibt die Kohle.

für die Energiewirtschaft zuständig. „Sie erfordert in den nächsten Jahren Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe in die Netze“, so Ott. Er konstatiert: Die im letzten Jahr eingeleitete Energiewende hat bei den Energieunternehmen für massive Einbrüche bei den Erlösen gesorgt, „doch selbst damit sind die Konzerne noch längst kein Sanierungsfall“.

Das stellen die Konzerne anders dar: Schon kurz nach der von der Kanzlerin eingeleiteten Kehrtwende in Sachen Energiepolitik verkündeten Unternehmen im Energiesektor, etwa E.ON, dass

Flower Label

Vor dem Aus

Das Blumengütesiegel „Flower Label Program“ (FLP) ist gescheitert. Die Gewerkschaft IG BAU sowie die Nichtregierungsorganisationen FIAN, Brot für die Welt und terre des hommes sind Ende 2011 aus dem Förderverein ausgetreten. Sie zogen damit die Konsequenzen aus der wachsenden Handlungsunfähigkeit des FLP. In deren Folge wurde ein Missbrauch des Gütesiegels möglich, das bisher als eines der glaubwürdigsten galt. FLP war schon 2011 wirtschaftlich nicht mehr tragfähig, die Büros in Köln und Quito (Ecuador) wurden bereits geschlossen.

Das Siegel wurde 1999 ins Leben gerufen und basiert auf dem internationalen Verhaltenskodex für Schnittblumen. Nachdem erfolgreich Mindestlöhne, das Verbot von Kinderarbeit, Gesundheitsschutz und Mitbestimmung durchgesetzt werden konnten, scheiterte das FLP an der Gewerkschaftsfreiheit, die vom Zertifizierungskomitee gefordert wurde. Zahlreiche Betriebe traten aus dem FLP aus. Die IG BAU und ihre Partner un-

terstützen in Zukunft die Fairtrade-Zertifizierung im Blumensektor und rufen dazu auf, sich beim Kauf für Fairtrade-Blumen und -Pflanzen zu entscheiden. •

www.igbau.de

Arbeit und Leben

Jugendseminare 2012

„Erleben, entdecken, diskutieren, ausprobieren“ ist das Motto des Jahresprogramms 2012 zur politischen Jugendbildung vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben.



Es richtet sich an 14- bis 26-Jährige. Das Spektrum der Themen reicht von Klimawandel und Globalisierung über Berufseinstieg, interkulturelles Verständnis, Medien oder Ernährung bis zu Politik und Demokratie. Die Seminare finden in ganz Deutschland statt, auch Seminarreisen ins Ausland werden angeboten. •

www.arbeitundleben.de

interregio

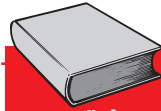
••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** und das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, dessen Mitglied der DGB ist, schreiben 2012 erneut das **Band für Mut und Verständigung** aus. Nominiert werden können Menschen aus Berlin und Brandenburg, die Zivilcourage gegen Rassismus gezeigt haben oder durch ihr ehrenamtliches Engagement zur interkulturellen Verständigung und zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beigetragen haben. Vorschläge können bis zum 1. März 2012 eingereicht werden.

www.respekt.dgb.de

••• Sachsen gehört – neben Schleswig-Holstein, Bayern und

Hessen – zu den vier Bundesländern, die noch kein neues Tarif-treue- und Vergabegesetz beschlossen haben. Der **DGB Sachsen** drängt daher auf die **Novellierung des Vergabegesetzes** unter sozialen, ökologischen und nachhaltigen Vorzeichen. Ein Gesetzesentwurf soll im März vorgestellt werden. Vorgesehen ist, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihre MitarbeiterInnen tarif-treu entlohnen und Mindestlohn zahlen. Geplant ist auch eine Begleitkampagne, um die sächsische Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren.

www.sachsen.dgb.de



Die Herausforderungen für eine erfolgreiche Betriebsratsarbeit waren auch 2011 vielfältig: von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise bis zur Bewältigung des demografischen Wandels. Der Band **Erfolgsfaktor Betriebsrat 2011** beschreibt **66 Beispiele erfolgreicher Interessenvertretung** angesichts betrieblicher, wirtschaftlicher und demografischer Umbrüche. Er stellt Betriebsräte vor, die 2011 für den Deutschen Betriebsrätepreis

vorgeschlagen wurden. Die Beispiele aus der Praxis zeigen, wie der Anspruch auf Beteiligung aktiv umgesetzt wird und Beschäftigte in betriebliche Interessenvertretung eingebunden werden können. Dabei sind eine Vielzahl konstruktiver und kreativer Lösungen zur betrieblichen Gestaltung des demografischen Wandels oder der Krisenfolgen entstanden.

Eva-Maria Stoppkotte, Thorsten Halm (Hrsg.): Erfolgsfaktor Betriebsratsarbeit 2011. 66 Beispiele erfolgreicher Interessenvertretung, Bund-Verlag; 192 Seiten, 24,90 Euro

DGB-Jugend

Dual Studierende versichern

Seit dem 1. Januar 2012 gilt auch für dual Studierende die uneingeschränkte Sozialversicherungspflicht. Mit einem Flyer informiert die DGB-Jugend über die Details der neuen Regelung. Zum Beispiel: Welche Studiengänge werden durch das Gesetz erfasst? Und: Wie kann der Betriebsrat weiterhelfen? Eine Tabelle zeigt auf einen Blick, wie hoch die Beiträge zu den einzelnen Versicherungen je nach Einkommen sind. Wissenswert: Als Entgelt gilt jede Zahlung des Arbeitgebers an die dual Studierenden, egal ob es sich dabei um eine Vergütung, ein Stipendium oder Ähnliches handelt. Zudem gilt: Wenn das Entgelt höchstens 325 Euro beträgt, muss der Arbeitgeber die Beiträge allein übernehmen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Hans-Böckler-Stiftung

Später in Rente

Der Altersübergangs-Monitor, ein Forschungsprojekt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung Bund), ist auch 2011 fortgesetzt

worden. Seit 2009 erforschen WissenschaftlerInnen des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen Veränderungen bei der Erwerbstätigkeit im Alter und beim Übergang in die Rente. Die Altersübergangs-Reporte 2011 gehen der Beschäftigungslosigkeit im Alter, dem Trend zum längeren Arbeiten sowie Neueinstellungen Älterer nach. Die Publikationen stehen im Internet zum Download bereit. •

www.boeckler.de

Wanderausstellung

„Nein zu Hitler!“

Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung 1933 war es, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Nach dem Verbot der freien Gewerkschaften und der SPD im gleichen Jahr gingen viele Mitglieder in den Untergrund und übten Widerstand gegen die Diktatur. An sie und ihren politischen Kampf will die Ausstellung „Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945“ erinnern. Die Ausstellung, die seit 2008 durch Deutschland tourt, ist bis zum 27. Januar in Rendsburg zu sehen und ab dem 30. Januar in Detmold. •

www.fes.de

CSR darf nicht beliebig sein

Wie verbindlich sollten Regeln für Corporate Social Responsibility (CSR), also zur sozialen Verantwortung von Unternehmen, sein? Seitdem der Begriff existiert, wird darüber heftig gestritten. Neue Dynamik erhält die kontroverse Debatte durch die EU-Kommission. Sie will für mehr Klarheit und Transparenz sorgen.

CSR ist ein schillernder Begriff, der auch in den Gewerkschaften kontrovers diskutiert wird – insbesondere weil die Gefahr des „window dressings“ besteht, also einer Schönfärberei der tatsächlichen Unternehmenspraxis durch kunstvoll gestaltete Hochglanz-CSR-Berichte. Für die Gewerkschaften ist CSR deshalb auch nur „on top“ zu gesetzlichen Regelungen, etwa im Bereich der Mitbestimmung, vorstellbar. Der DGB fordert zudem einheitliche, überprüfbare CSR-Standards. Denn Unternehmen sind nicht dazu legitimiert, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft allein zu definieren. Im CSR-Forum der Bundesregierung haben sich die dort vertretenen Organisationen, darunter die Spitzenverbände der Wirtschaft BDA, BDI, DIHK und ZDH sowie für die Gewerkschaften DGB, IG BCE, IG Metall und ver.di, auf ein gemeinsames CSR-Verständnis geeinigt. Ein Kerngedanke: „CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig.“

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist deshalb vor allem wichtig, gegen die Beliebigkeit in unternehmerischen CSR-Strategien anzugehen. So fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, der Mitglied im CSR-Forum der Bundesregierung ist: „Wenn ein Unternehmen CSR-Konzepte auflegt, dann muss eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in Deutschland und Europa, für die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in den Entwicklungsländern und für den Erhalt unserer Umwelt wahrnehmbar stattfinden.“ Alles andere wäre Schönfärberei.

Neue Dynamik erhält die Debatte durch die EU-Mitteilung zu

CSR vom 25. Oktober 2011. Darin hat die EU-Kommission CSR nun als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ definiert. Diese Definition geht über frühere der EU hinaus. Die EU-Kommission will außerdem irreführendes CSR-Marketing eindämmen und schlägt

Kommunikation am wichtigsten

Ziele von Unternehmen bei ihrem CSR-Engagement (in Prozent)



Quelle: Umfrage unter 297 Unternehmen mit CSR 2010, BBDO Live, Statista 2011

Tue Gutes und rede darüber: Getreu diesem Motto geht es vor allem um Kommunikation, wenn Unternehmen sich in Sachen CSR engagieren.

vor, soziale und ökologische Kriterien stärker in das öffentliche Auftragswesen einfließen zu lassen. Zudem plant die Kommission, noch in diesem Jahr eine Rechtsvorschrift zur Transparenz von sozialen und ökologischen Faktoren in der Unternehmensführung vorzulegen. Insbesondere dagegen laufen die Spitzenverbände der Wirtschaft Sturm. Und doch bleiben die Kommissionspläne deutlich hinter den vom DGB-Kongress 2010 in Berlin beschlossenen Forderungen zurück.

Da wundert es nicht, dass der Gegensatz von Freiwilligkeit und Verbindlichkeit zentrales Thema einer Internationalen CSR-Konferenz des Bundesarbeitsministeriums im Dezember 2011 in Berlin war. „CSR darf nicht nur ein werbewirksames Label sein, sondern muss in eine unternehmerische Gesamtstrategie eingebracht werden“, stellte der IG

BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis auf der Konferenz klar. Gleichzeitig betonte er die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen: „CSR ist eine freiwillige Verpflichtung und sollte die Chance erhalten, zu zeigen, wie erfolgreich das sein kann.“ Das ersetze aber nicht verpflichtende globale Standards zu grundsätzlichen Themen. „So sind z. B. eine gerechte Bezahlung und faire Lohnfindung nur in einem System mit freien Gewerkschaften vorstellbar.“ Gemeinsam

mit Hans-Böckler-Stiftung und DGB-Bildungswerk stellte der DGB während der Konferenz die gewerkschaftliche CSR-Debatte und Projekte vor, die die besondere Rolle zeigen, die Gewerkschaften und Betriebsräte im CSR-Bereich spielen können.

Dass auch Arbeitgeber das deutsche Mitbestimmungsmodell schätzen, machte Michael Schmidt, Vorstandsmitglied von BP Europa, deutlich: „Gerade in Zeiten des Umbruchs haben wir gute Erfahrungen mit der Mitbestimmung gemacht. In konstruktiver, wenn auch nicht immer konfliktfreier Zusammenarbeit haben wir mit den Betriebsräten gute Lösungen zugunsten des Unternehmens und der Beschäftigten erarbeitet. Ich beobachte, dass auch bei ausländischen Managern im Konzern, die in Deutschland gearbeitet haben, unser deutsches Mitbestimmungsmodell, nach anfänglicher Skepsis, durchaus Anerkennung findet.“ ●

Kein Ersatz

Auf dem DGB-Kongress 2010 haben die Gewerkschaften ihre Haltung zu CSR in einem Beschluss konkretisiert. Für sie steht fest: „Die Unternehmen sind nicht legitimiert, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft allein zu definieren. Die Gewerkschaften werden durch ihre Vertretung in staatlichen und zwischenstaatlichen Gremien darauf hinwirken, dass robuste gesellschaftliche Regelungen beibehalten und nicht durch freiwillige Regelungen ersetzt werden“. CSR könne den Schutz von ArbeitnehmerInnen sinnvoll ergänzen, aber niemals Arbeitnehmerrechte ersetzen.

Auf internationaler Ebene fordern die Gewerkschaften verbindliche zwischenstaatliche Lösungen, um Kernarbeitsnormen als Fundament zu manifestieren. Zudem sollen die OECD-Leitsätze dazu dienen, Umwelt, Arbeits- und Sozialstandards durchzusetzen. „CSR-Selbstverpflichtungen dürfen keine Kosmetikmaßnahme sein.“ Unternehmen müssen für soziale, ökologische und humanitäre Auswirkungen ihrer Aktivitäten haften. Öffentliche Aufträge müssen die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten. Und: Soziale und ökologische Unternehmenspflichten sollen in internationalen Wirtschaftsabkommen verankert werden.

Das Zehn-Punkte-Papier des DGB zu CSR:
www.einblick.dgb.del/hintergrund

kurz & bündig



Die IG Metall lädt auch 2012 ihre Mitglieder wieder zum kostenlosen Besuch der Computermesse CeBit (6. bis 10. März) und zur Hannover Messe (23. bis 27. April) ein. Die Eintrittskarten sind in den IG Metall-Verwaltungsstellen oder bei den Vertrauensleuten im Betrieb erhältlich.



Immer mehr ältere Menschen in Deutschland brauchen einen Nebenjob – obwohl sie schon im Rentenalter sind. Darauf hat die IG Bau-Agrar-Umwelt hingewiesen. So waren im ersten Quartals 2011 insgesamt 751 599 Senioren in Deutschland als Mini-Jobber beschäftigt. Damit ist die Zahl der Senioren-Jobber seit 2003 um 26 Prozent gestiegen.



Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat den Richtlinienentwurf von EU-Binnenkommissar Michel Barnier, europaweit den Zugang zu Konzessionsmärkten zu vereinfachen, kritisiert. „Ein solcher Schritt gefährdet die Qualität der Dienstleistungen“, so Bsirske. Zudem drohten schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen.



Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut hat davor gewarnt, die hochgerechneten Versorgungslasten für öffentliche Haushalte zur Stimmungsmache gegen BeamtenInnen zu missbrauchen. Witthaut: „Während ihrer gesamten Laufbahn leisten Beamte Beiträge zu ihrer späteren Versorgung.“

DGB Sachsen

Flagge zeigen

Wie bereits in den Vorjahren ruft der DGB Sachsen zu einer zentralen friedlichen Demonstration am 18. Februar in Dresden auf. Hintergrund: Auch in diesem Jahr ist davon auszugehen, dass Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 für ihre Zwecke missbrauchen. Der DGB will dem ein Bekenntnis für Frieden und Toleranz, für eine demokratische Stadt, ein Bekenntnis gegen Gewalt, gegen Menschenfeindlichkeit, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen entgegenzusetzen. Es sei selbstverständlich, dass jegliche Art von Protest friedlich und gewaltfrei verlaufen muss, betont der DGB. •

Der Aufruf: www.einblick.dgb.de/hintergrund

ver.di

Keine Leiharbeit an Bord

ver.di hat die Pläne der Lufthansa kritisiert, 200 LeiharbeiterInnen als Kabinenbesatzung auf Flügen von und zum neuen Berliner Flughafen einzusetzen. Gemeinsam mit der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation (UFO) fordert ver.di das Unternehmen auf, „zu einer seriösen Unternehmenspolitik und soliden Tarifpartnerschaft zurückzukehren“.

Ein Rechtsgutachten bestätigt die Position der beiden Gewerkschaften, dass Lufthansa weder in Berlin noch an anderen Standorten mit LeiharbeiterInnen als FlugbegleiterInnen tarifliche Standards unterlaufen darf. Die Fluggesellschaft hatte den Schritt angekündigt, um Personalkosten zu senken. Die Grundvergütung soll zwar die gleiche sein, Unterschiede soll es jedoch bei Gehaltserhöhungen, der Altersvorsorge, tariflichen Nebenleistungen und Arbeitszeiten geben. •

2012: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

- 30.1.-1.2.** IG BCE, Ortsgruppentagung gegen Rechts, Bad Münde
- 4.2.** dju/ver.di, 4. Fotografentag „Geht's noch?“, Hannover
- 27.-29.2.** NGG, Backwarenforum, Oberjosbach
- 29.2.** GEW, Tagung „Ziffernnoten: Anreiz oder Leistungsbremse?“, Köln
- 8.3.** Internationaler Frauentag
- 22.3.** DGB NRW, Demokratie und Soziale Hochschule, Dortmund
- 23.3.** Equal Pay Day 2012
- 29./30.3.** ver.di, Tagung für Betriebs- und Personalräte „Gute Arbeit und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen als Herausforderungen für betriebliche Interessenvertretungen“, Berlin
- 31.3.** IG BAU, Außerordentlicher Gewerkschaftstag, Frankfurt am Main
- 24.4.** EVG, Tag der Mitarbeiter im Busbereich
- 24./25.4.** GdP-Verkehrssymposium, Potsdam
- 26.4.** Girls' Day
- 28.4.** DGB NRW, Konferenz gegen Rechtsextremismus, Dortmund
- 1.5.** **DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, Stuttgart**
- 1.5.-16.6.** Ruhrfestspiele Recklinghausen
- 6.5.** Landtagswahl in Schleswig-Holstein
- 10.5.** ver.di, Arbeitsmarkttagung, Berlin
- 24.5.** EVG, Tag der Mitarbeiter im Bereich Sicherheit und Service
- 25.-28.5.** GEW, Bundeskonferenz Junger GEW'erkschafter_innen, Rotenburg an der Fulda
- 10.6.** DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Vergabe des DGB-Filmpreises beim Int. Filmfest Emden-Norderney, Emden
- 7.-10.6.** 4.IG BCE, Frauentag, Hannover
- 7.-10.6.** IG BAU, Sunrise Festival, Steinbach/Taunus
- 8./9.6.** **DGB, EKD, Umweltverbände, Internationaler Transformationskongress, Berlin**
- 15.6.** IG BAU, Tag der Gebäudereinigung
- 21.7.-1.8.** GEW, Sommerakademie Masuren, Nowa Kaleska (Polen)
- 24./25.8.** IG BCE, Jugendforum, Kassel
- 5.-8.9.** GEW, 6. Wissenschaftskonferenz „Reformbaustelle Hochschule“, Herrsching am Ammersee
- 25./26.9.** IG Metall, Stahlkonferenz, Hamm
- 7.10.** **IGB, 5. Welttag für menschenwürdige Arbeit**
- 11.10.** 60. Jahrestag Betriebsverfassungsgesetz 1952
- 19.-21.10.** NGG, Bundesfrauenkonferenz; Motto: „stark.frauen in der NGG“, Oberjosbach
- 28.10.-1.11.** **EVG, 1. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin**
- 7./8.11.** IG BCE, 5. Betriebsräte-Jahrestagung, Hannover
- 15.-17.11.** IG Metall, Vertrauensleutekonferenz, Willingen
- 22.11.** GdP-Arbeitsschutzsymposium, Potsdam
- 23.-24.11.** IG BAU, Berufsbildungspolitische Tagung, Erfurt
- 25.11.** dju/ver.di, Journalistentag, Berlin
- 28./29.11.** DGB, 15. Schöneberger Forum, Berlin
- 1.12.** IG BCE, 42. Recklinghäuser Tagung (Migrationspolitische Konferenz der IG BCE), Recklinghausen

Mehr Termine: www.einblick.dgb.de

Familienpolitik

Widersprüchliche Botschaften

Der schwarz-gelben Familienpolitik fehlt ein klares Konzept. Seit 2007 fördert das Elterngeld als Lohnersatzleistung die Erwerbstätigkeit von Müttern. Das jetzt geplante Betreuungsgeld würde das Gegenteil bewirken. Publizist Thomas Gesterkamp zieht nach fünf Jahren Elterngeld Bilanz.

Die Debatte zum Elterngeld vor fünf Jahren trug Züge eines Kulturkampfes: Ältere Herren erregten sich damals über „Zwangsverpflichtung“ und „Freiheitsberaubung“, ein bayerischer Politiker verspottete die obligatorischen Vätermomente als „Wickelvolontariat“. Für die Mütter hatte die einst zuständige CDU-Ministerin Ursula von der Leyen eine klare Botschaft parat: Wir helfen großzügig im ersten Jahr nach der Geburt eures Kindes, danach aber kehrt ihr bitte zurück auf den Arbeitsmarkt! Die Unternehmer, die in Zeiten des Fachkräftemangels qualifizierte Frauen im Betrieb halten wollen, applaudierten.

Christdemokratin von der Leyen, die einen ursprünglich sozialdemokratischen Vorschlag nach skandinavischem Vorbild umsetzte, konnte auf die Unterstützung der Opposition bauen. **Die eigene Fraktion stimmte zwar für ihren Gesetzesentwurf, war aber höchstens zur Hälfte überzeugt.** Als Beruhigungsspiel diente das in Aussicht gestellte Betreuungsgeld – von dem drei Viertel der Abgeordneten insgeheim hofften, es würde später an der Kassenlage scheitern.

Von der Leyen wechselte ins Arbeitsministerium und wurde durch die politisch schwache Kristina Schröder ersetzt. Angesichts der unerwartet hohen Steuereinnahmen will die CSU ihr Lieblingsprojekt vor der nächsten Wahl in 2013 unbedingt durchsetzen. Widerstand gegen die „Herdprämie“ kommt nicht nur von SPD, Grünen und Linken, sondern auch vom Koalitionspartner FDP und aus der CDU-Frauenunion.

Seit die Elternzeit mit einer Lohnersatzleistung von knapp zwei Dritteln des letzten Nettoeinkommens belohnt wird, hat sich die Beteiligung der Männer versiebenfacht. **Väter stellen inzwischen über 25 Prozent der Anträge auf Elterngeld.** Bis zu 1800 Euro Unterstützung im Monat sind ein attraktives Angebot für berufstätige Eltern, unabhängig vom Geschlecht. Das frühere Erziehungsgeld dagegen förderte die traditionellen Rollen. „Ich verdiene einfach mehr“ aus väterlicher oder auch „Mein Mann verdient einfach mehr“ aus mütterlicher Sicht lauteten die Argumente für die gewohnte Arbeitsteilung. Der auf 300 Euro begrenzte Zuschuss war eine Art Taschengeld für Geringverdienerinnen.

Jetzt möchte die CSU das Anreizsystem für Hausfrauen in neuem Gewand wieder einführen.

Nicht nur die Gewerkschaften, auch die Arbeitgeberverbände lehnen das vehement ab. Gemeinsam erklärten der Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Ende November letzten Jahres: „Die Einführung eines Betreuungsgeldes für Mütter und Väter, die keinen Betreuungsplatz für ihr ein- bis dreijähriges Kind in Anspruch nehmen, passt nicht in unsere Zeit und ihre Herausforderungen: Es setzt bildungs- und arbeitsmarktpolitisch die falschen Signale.“

Die Betriebe wollen ihre weiblichen Beschäftigten nicht verlieren. Schon im Mutterschutz und später während der Babypause, so empfehlen Chefs und Vorgesetzte, sollten Frauen Kontakt zu ihrer früheren Stelle halten – und auf keinen Fall zu lange aussetzen. Die Versorgung mit Krippen für Unterdreijährige, die das ermöglichen soll, bleibt allerdings weit hinter den politischen Vorgaben zurück. Ein flächendeckendes und verlässliches Ganztagsystem, das auch die langen Schulferien überbrückt, fehlt vor allem in den westlichen Bundesländern.

Die Debatten um Elterngeld und Betreuungsgeld kreisen fast immer um die Phase direkt nach der Geburt. Kinder aufziehen dauert jedoch zwanzig Jahre und nicht nur ein paar Monate. **Wichtiger als direkte finanzielle Unterstützung ist eine familienbewusste Betriebskultur.** Manche Eltern haben Ernüchterndes über ihre beruflichen Zwänge zu berichten. Wünsche nach kürzeren Arbeitszeiten werten Vorgesetzte oft als Signal der Verweigerung – bis hin zu Fällen, wo gleich mit Kündigung gedroht wird. Aufmerksame Arbeitgeber haben verstanden: MitarbeiterInnen mit Familienaufgaben lassen sich heute nicht mehr allein mit Reisen, Dienstwagen oder Luxushotels ködern. Sie suchen einen alternativen Karriereweg und ein berufliches Umfeld, das Freiräume bietet auch für private Verpflichtungen. ●



Foto: privat

Thomas Gesterkamp, 54, ist Autor von Büchern zu familien- und geschlechterpolitischen Themen, unter anderem „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett Cotta) und „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Budrich Verlag).

Falsche Anreize

Mütter, die ihr Kind nicht in eine Krippe geben wollen, sollen ab 2013 finanziell unterstützt werden. 100 Euro im Monat, ab 2014 sogar 150 Euro, stellt ein Beschluss des Koalitionsausschusses in Aussicht – auf Wunsch der CSU. FDP und auch die CDU-Frauen zeigten sich weniger begeistert. Sozialdemokraten, Grüne und Linke kritisieren wie die Gewerkschaften, dass hier Milliarden verschwendet werden, die beim Ausbau der öffentlichen Einrichtungen fehlen.

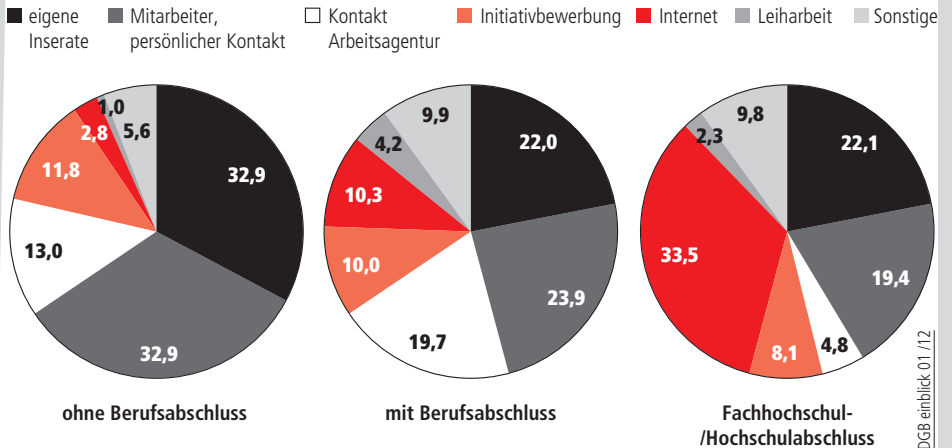
Konservative, die das traditionelle Familienmodell favorisieren, argumentieren häufig mit dem Begriff „Wahlfreiheit“. Von zwanglosen Entscheidungsmöglichkeiten der Eltern konnte jedoch nie die Rede sein: Mit dem Ehegattensplitting und der Mitversicherung von Frauen in der Krankenkasse unterstützt die staatliche Familienpolitik seit Jahrzehnten das traditionelle Familienmodell mit dem Vater als Ernährer.

Gegen die besondere Förderung nicht erwerbstätiger Mütter sprechen auch bildungspolitische Argumente. „Herdprämien“ sind gerade in einkommensschwachen Milieus der falsche Anreiz. Für Kinder aus Hartz IV-Haushalten und aus vielen Migrantenfamilien ist der Besuch öffentlicher Betreuungseinrichtungen eine Chance zur Emanzipation.

NEUEINSTELLUNGEN: Jobs per Internet vor allem für Studierende

AkademikerInnen nutzen mehr als andere ArbeitnehmerInnen den Jobmarkt Internet – ein Drittel wurde 2010 auf diesem Weg neu eingestellt. Das zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). ArbeitnehmerInnen ohne Berufsabschluss kommen vor allem durch eigene Inserate und durch persönlichen Kontakt in Arbeit. Relativ geringe Chancen auf Arbeit mit Perspektive haben LeiharbeiterInnen mit Berufsabschluss fanden so einen Job.

Anteil der Besetzungswege nach Qualifikationsanforderung der Stelle 2010 (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011

© DGB einblick 01 / 12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.1. GEW Hamburg, Diskussion „Kamingespräch zum Thema individualisiertes Lernen“, Hamburg

24.1. Hans-Böckler-Stiftung, „8. Konferenz für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat börsennotierter Unternehmen: Moderne Personalökonomie und Mitbestimmung“, Frankfurt/Main

24.1. Hans-Böckler-Stiftung, DGB NRW, Stiftung Arbeit

und Umwelt, Fachtagung „Nachhaltigkeit in der Chemischen Industrie“, Leverkusen

24./25.1. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Moderne Personalökonomie und Mitbestimmung“, Frankfurt/Main

28.1. GEW Thüringen, „20. Hochschulkonferenz“, Erfurt

30.1. IG BCE, Tagung „Mitten unter uns – Rechte Gewalt und Neofaschismus in Deutschland, Bad Münders

personalien

••• **Sina Frank**, 32, ist seit 1. Januar politische Referentin in der Europaabteilung beim DGB-Bundesvorstand. Ihr Schwerpunkt ist die europäische Arbeitsmarkt-

und Sozialpolitik. Zuvor war Frank persönliche Referentin für den Chef der Senatskanzlei und für die Europastaatssekretärin des Landes Berlin.

Tipp

Ratgeber: DGB-Bundesvorstand, Hartz IV – Tipps und Hilfen des DGB, aktualisierte Neuauflage 2012, 106 Seiten, 0,85 Euro pro Exemplar plus Porto und Versand, ab 50 Exemplare 0,60 Euro, www.dgb-bestellservice.de

2012 stehen erneut Veränderungen im Hartz IV-System an. Die Verunsicherung in den Jobcentern und bei den Leistungsbeziehern

ist groß. Das zeigt auch die hohe Zahl der Widersprüche und Klagen gegen ALG-II-Bescheide. Der Ratgeber des DGB beantwortet Fragen rund um das Thema ALG-II und gibt viele nützliche Tipps, auch zum Umgang mit dem Jobcenter. Es wird unter anderem erklärt, was eine Bedarfsgemeinschaft ist, welches Einkommen und Vermögen angerechnet wird und was bei der Kranken- und Rentenversicherung zu beachten ist.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (65 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent).

Schlusspunkt.

„Die FDP macht gerade die Erfahrung, dass es eine Illusion ist, zu glauben, der Austausch von Personen löse alle Probleme.“

Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Januar 2012.

Kündigung eines minderjährigen Azubis

Muss den Eltern zugehen

Das Berufsausbildungsverhältnis beginnt mit einer Probezeit. Während dieser Zeit kann es nach dem Berufsbildungsgesetz sowohl vom Auszubildenden als auch vom Ausbildenden jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine solche Kündigung muss jedoch noch während der Probezeit zugehen. Ist der Auszubildende minderjährig, wird die Kündigung erst dann wirksam, wenn sie seinem gesetzlichen Vertreter zugeht.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 8. Dezember 2011 - 6 AZR 354/10

Betriebsratswahl

Einhaltung der Wahlzeit ist wichtig

Der Wahlvorstand muss die Zeit der möglichen Stimmabgabe für eine Betriebsratswahl konkret festlegen und bekannt geben. Wird die Wahlzeit nicht eingehalten, kann die Wahl wirksam angefochten werden. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn im Wahlausschreiben ein Zeitfenster von 10,5 Stunden angegeben wird, das Wahlteam zur Stimmabgabe in den einzelnen Filialen aber nur jeweils für höchstens 30 Minuten dort anwesend ist.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Beschluss vom 21. Juni 2011 - 2 TaBV 41/10

Bahnservice

Nachtzuschlag für Stewardess

Für eine Stewardess mit Zugschaffnerfunktion ist ein Nachtzuschlag von 25 v.H. angemessen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 19. August 2011 - 10 Sa 1450/11

Arbeitsunfähigkeit

Ärztliches Attest schon am ersten Tag

Ist ein Arbeitnehmer arbeitsunfähig erkrankt, muss er nach dem Gesetz spätestens nach drei Kalendertagen eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung beim Arbeitgeber vorlegen. Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Vorlage schon früher zu verlangen. Er kann ohne Begründung verlangen, dass der Arbeitnehmer schon ab dem ersten Tag der Krankheit das ärztliche Attest vorlegt.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 14. September 2011 - 3 Sa 597/11

Sozialhilfe

Heimunterbringung ist keine Trennung

Sozialhilfe zur Pflege wird nur geleistet, soweit den Pflegebedürftigen oder deren Ehegatten bzw. Lebenspartnern nicht zuzumuten ist, die Pflegekosten zu tragen. Ein Ehegatte oder Lebenspartner kann jedoch nicht herangezogen werden, wenn er vom Pflegebedürftigen getrennt lebt. Allein aus der Tatsache, dass der pflegebedürftige Ehepartner in einem Pflegeheim untergebracht ist, lässt sich nicht schließen, dass die Ehepartner getrennt leben. Hiervon ist vielmehr erst bei einem nach außen erkennbaren Trennungswillen auszugehen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 25. November 2011 - L 7 SO 194/09

Gesetzliche Unfallversicherung

Busfahrer nur in Busnähe geschützt

Ein Busfahrer, der seine Pause als Zuschauer eines Fußballspiels verbringt, ist nicht von der gesetzlichen Unfallversicherung geschützt.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, ein abhängig beschäftigter Busfahrer, hatte eine Reisegruppe zu einem Pokalspiel nach München gefahren. Er kam in den Genuss einer nicht abgeholten Eintrittskarte und verfolgte in seiner 90-minütigen Pause das Fußballspiel. Beim Verlassen des Stadions rutschte er aus und zog sich einen Muskelfaserriss zu. Der Unfallversicherungsträger lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab.

Das Landessozialgericht: Ein Arbeitsunfall als Voraussetzung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes liegt nicht vor. Auch bei Busfahrern muss zwischen Tätigkeiten unterschieden werden, die mit dem Beschäftigungsverhältnis in einem wesentlichen, inneren Zusammenhang stehen, und deswegen versichert sind und solchen, die der privaten unversicherten Sphäre zuzurechnen sind. Der Arbeitnehmer hat seine unbezahlte Pause von 1 ½ Stunden im eigenen Belieben gestaltet. Der Besuch des Fußballspiels ist der Freizeitgestaltung und damit dem unversicherten privaten Bereich zuzurechnen. Der Unfall hat sich im Fußballstadion und damit außerhalb des versicherten Umkreises in Busnähe ereignet. Busfahrer unterstehen in ihrer Pause zwischen zwei Fahrten nicht automatisch dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 25. Oktober 2011 - L 3 U 52/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Mord ist kein Arbeitsunfall

Eine Straftat mit familiärem Hintergrund begründet keine Entschädigung als Arbeitsunfall.

Der Fall: Das spätere Mordopfer arbeitete als Koch in der Pizzeria seiner Ehefrau. Zu dem tragischen Geschehen kam es anlässlich einer Fahrt zum Steuerberater, auf der der 38-jährige Sohn des Paares den Vater begleitete. Auf der Rückfahrt lockte der Sohn den Vater bei einem Halt unter einem Vorwand nach hinten zum Kofferraum und schlug mit einem bereitgelegten Zimmermannshammer mehrfach auf den Kopf des Vaters ein, um ihn zu töten. Dieser trug schwere, jedoch nicht tödliche Verletzungen davon und versuchte zu fliehen. Der Sohn holte daraufhin aus dem Kofferraum einen Benzinkanister, übergoss den Vater mit Kraftstoff und zündete ihn an. Das Opfer erlag seinen schweren Verletzungen. Die Frau begehrt Witwenrente aus der Unfallversicherung.

Das Landessozialgericht: Dass der Sohn die Fahrt zum Steuerberater dazu genutzt hat, seinen Vater umzubringen, war reiner Zufall, der in keinem Zusammenhang mit der Berufstätigkeit des Ermordeten steht. Wie sich im Rahmen des Strafverfahrens ergab, war die Tat lange geplant. Bereits in der Kindheit hat sich ein abgrundtiefer Hass gegen den Vater entwickelt. Es ist nicht gelungen, die familiären Probleme, wie auch eine sexuelle Belästigung der Freundin und späteren Ehefrau des Sohnes durch den Vater, zu klären. Der Mord stellt sich damit als gründlich vorbereitetes und planvoll durchgeführtes Verbrechen dar. Ursächlich für den Tod war deshalb allein ein privater Vater-Sohn-Konflikt; ein betrieblicher Zusammenhang ist nicht zu erkennen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Beschluss vom 22. November 2011 - L 2 U 5633/10